

Die geltenden Vorschriften stehen künftig im Internet

RP 9.7.04

NRW entrümpelt – 1500 Erlasse weg

DÜSSELDORF (hüw). Entrümpelung der Bürokratie hat Ministerpräsident Peer Steinbrück (SPD) vor einem Jahr versprochen. Jetzt soll das Großreinemachen tatsächlich beginnen: 1500 der rund 3300 Erlasse sollen ersatzlos gestrichen werden. Der Rest geht ins Internet. Damit ist NRW nach Steinbrücks Worten das einzige Bundesland, das auf diese Weise alle geltenden Erlasse – egal ob zum Baurecht, zu Ausländerangelegenheiten oder zu anderen Bereichen – zur Verfügung stelle.

Allein 20 Erlasse zur Verwendung von Baustoffen haben sich als überflüssig erwiesen, weil die Vorgaben längst in einer „Bauregelliste“ zusammengetragen wurden. Unzeitgemäß ist auch der Erlass zum Umgang

mit dem Fernschreiber – also weg damit. Wegfallen wird zudem der an die Polizeikräfte gerichtete Erlass, Sinti und Roma nicht als „Zigeuner“ zu bezeichnen. „Das macht inzwischen doch ohnehin keiner mehr“, heißt es in der Staatskanzlei. Erheblich ausgedünnt wird die telefonbuchdicke Sammlung von Schulvorschriften (so genannte BASS). Hinzu kommt:

■ Von den 199 Gesetzen und Rechtsverordnungen aus den Jahren 1946 bis 1966 sollen 148 entweder befristet oder ganz aufgehoben werden.

■ Eine Durchforstung der Gesetze aus den Perioden 1967 bis 1986 sowie ab 1987 soll folgen. Für neue Gesetze gilt ohnehin eine Befristung auf fünf Jahre. Wenn ein Ministerium eine

Verlängerung durch den Landtag will, muss dies begründet werden.

Noch unklar ist, ob es zu einer Neugestaltung der mittleren Verwaltungsebene kommt. In Kürze will Steinbrück erneut mit CDU-Chef Jürgen Rüttgers über diesen Teil der Verwaltungsreform sprechen. Die Vorstellungen weichen stark voneinander ab: Steinbrück will statt der fünf Regierungsbezirke nur noch drei; die Union will die Regierungsbezirke ganz auflösen und an ihrer Stelle nur noch drei Regionalverwaltungen. Wenn man sich hierüber nicht verständigt, werde die Struktur so bleiben, wie sie jetzt ist, sagte Steinbrück. Er verspüre keine Neigung, 17 Monate vor der Landtagswahl eine Art Kulturkampf zu entfachen.